19. 1. Setzt §. 288 St.G.B.'s voraus, daß die erfolgte Veräußerung von Vermögensstücken eine nur zum Scheine vorgenommene gewesen ist?

2. Unter welchen Voraussetzungen fällt eine Veräußerung, wodurch zwar die Vereitelung einer drohenden Zwangsvollstreckung bezweckt war, welche jedoch an einen durch sein Pfand- und Zurückbehaltungsrecht gesicherten Vermieter behufs Befriedigung seiner rückständigen Mietgeldforderung erfolgte, nicht unter §. 288 St.G.B.'s?

II. Straffenat. Urtr. v. 3. Oktober 1882 g. D. Rep. 1989/82.

I. Landgericht I Berlin.

Aus den Gründen:

Die Revision beider Angeklagten erscheint unbegründet.

1. Den in der Hauptverhandlung gestellten Antrag auf Vernehmung der Kaufleute H. und N. über die Ernstlichkeit des mit ihnen abgeschlossenen Kaufvertrages hat die Strafkammer als unerheblich abgelehnt, da durch die Ernstlichkeit des Vertragswillens die Absicht, durch das abgeschlossene Geschäft die auf Antrag der Ehefrau L. bevorstehende Zwangsvollstreckung zu vereiteln, nicht ausgeschlossen werde. Davon abgesehen, daß nach den Entscheidungsgründen diese Ernstlichkeit vom ersten Richter als vorhanden angenommen wird, die Verwerfung des Beweisanspruches also für den Bestand des Urtheiles ohne Einfluß gewesen ist, läßt auch die Begründung der Ablehnung einen Rechtsirrtum nicht erkennen. Der §. 288 St.G.B.'s findet nicht bloß auf Beiseiteschaffung von Vermögensstücken durch Scheinverträge, sondern auch auf ernstlich gemeinte Veräußerungen Anwendung und erfordert in der letzteren Richtung nichts weiter, als daß die Veräußerung in der Absicht erfolgt, die drohende konkrete Zwangsvollstreckung zu vereiteln; daß dabei auch im übrigen die Absicht, die Gläubiger zu benachteiligen, obgewaltet, daß sie eine fraudulöse und anfechtbare gewesen sein müsse, wie die Revisionsbegründung behauptet, liegt nicht im Bereiche des Deliktes.

2. Inwieweit der erste Richter die Absicht der Vereitelung der L.'schen Zwangsvollstreckung aus der Veräußerung der Mobilien an H. und N. entnehmen konnte, ist eine Frage thatsächlicher Natur und in dieser Richtung gegenwärtig nicht zu erörtern; jedenfalls wird rechtlich die Absicht der Vereitelung dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Veräußerung zu Gunsten eines Gläubigers erfolgte, welcher hinsichtlich der erworbenen Objekte ein Pfand- und Zurückbehaltungsrecht besaß,

da hierdurch die letzteren der Zwangsvollstreckung zu Gunsten anderer Gläubiger nicht ohne weiteres entzogen werden (vgl. §. 710 C.P.D.) und nicht mit Notwendigkeit vorherzusehen ist, daß ein solcher zwar bevorzugter aber nicht im Besitz befindlicher Gläubiger der seitens eines anderen Gläubigers ausgebrachten Zwangsvollstreckung auf Grund seines Pfand- oder Vorzugsrechtes Widerspruch entgegensetzen werde. Auf das Bestehen eines derartigen Rechtes der Firma H. & N. und dessen Umfang ist hiernach nicht weiter einzugehen.